

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

## L | Leiteträge

(Lfd.-Nr. 1021)

**Antrag Nr. Looz**  
**Landesvorstand**

**Empfehlung der AK**  
Annahme

Stand: 07.04.2009

### **Leitantrag Unsere Kommunen in Europa - Einheit in Vielfalt macht stark**

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Soziales Europa der Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität  
3 vor Ort verwirklichen!

4

5 Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Finanz-  
6 krise zeigt: Die neokonservative Philosophie, die ein reines  
7 Markteuropa will, ist gescheitert. Die richtige Antwort auf die  
8 Globalisierung ist ein starkes und vor allem ein soziales Europa.  
9 Es ist unsere Verantwortung, die soziale Dimension der Ge-  
10 meinschaft erheblich zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger  
11 erwarten eine soziale Gestaltung Europas. Sie wollen, dass es  
12 gerecht zugeht.

13

14 NRW ist mit 18 Millionen Einwohnern größte Region Europas.  
15 NRW ist erfahren in den Herausforderungen des Strukturwan-  
16 dels und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Er-  
17 fahrungen müssen wir in den europäischen Gestaltungspro-  
18 zess einbringen. Europa und NRW können viel voneinander  
19 lernen. Wir kämpfen für ein hochwertiges Beschäftigungsni-  
20 veau, ein großes Maß an sozialem Schutz - gegen soziale Aus-  
21 grenzung. Die Schaffung eines sozialen Europas, in denen die  
22 Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert  
23 werden, ist unser Ziel. Dabei bleibt die Vielfalt der Kulturen,  
24 Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaa-  
25 ten erhalten.

26

27 Diese Vielfalt spiegelt sich auf der kommunalen und regiona-  
28 len Ebene wider und stellt eine der großen Stärken Europas  
29 dar. Heute umfasst die Europäische Union 27 Staaten, in denen  
30 493 Millionen Menschen in weit über 90.000 Städten und Ge-  
31 meinden leben.

32

33 Den Kommunen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Ein so-  
34 ziales und demokratisches Europa als Antwort auf die Globali-  
35 sierung ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns –  
36 in Europa und Deutschland, in den Ländern und in den Kom-  
37 munen.

38

39 I. Unsere Kommunen und Europa können vieles gemeinsam  
40 bewegen

41

42 Die europäische Demokratie und Gesellschaft baut auf den  
43 Kommunen auf. Diese prägen den Alltag der Menschen, indem  
44 sie Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliche Prosper-  
45 ität, kulturelle Vielfalt und sozialen Zusammenhalt sicherstel-  
46 len. Die Kommunen haben auch deshalb eine unverzichtbare  
47 Rolle bei der Ausgestaltung eines sozialen Europas, das auf den  
48 Grundsätzen von Solidarität, Bürgernähe und Subsidiarität  
49 aufbaut. Von herausragender Bedeutung ist ihre zentrale Rolle  
50 bei der Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen der Da-  
51 seinsvorsorge.

52

53 Die Mehrzahl europäischer Gesetze wirkt sich – direkt oder in-  
54 direkt - auf das kommunale Handeln in Deutschland aus: beim

55

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

56 Setzen sozialer und ökologischer Standards, durch den Ver-  
57 braucherschutz oder durch die Regeln des EU-Binnenmarktes.

58 Zu den Bereichen der Kommunalpolitik, auf die europäisches  
59 Recht unmittelbaren und sichtbaren Einfluss hat, zählen bei-  
60 spielsweise das Personalwesen, das Umweltrecht, der ÖPNV,  
61 die Sparkassen, das Abfallrecht, die wirtschaftliche Betätigung  
62 der Kommunen, die Wirtschaftsförderung oder das Vergabe-  
63 wesen. Von großer Bedeutung für die Kommunen ist natürlich  
64 auch die EU-Förderung zahlreicher lokaler und regionaler Vor-  
65 haben – insbesondere von sozialen Projekten, Infrastruktur-  
66 maßnahmen sowie Projekte und Investi-tionen privater Unter-  
67 nehmen.

68

69 Um passende Lösungen auf lokaler Ebene zu finden, sind de-  
70 zentrale Strukturen sinnvoll, denn so können die jeweiligen  
71 vorhandenen Innovationspotenziale zum Wohle der Men-  
72 schen sinnvoll genutzt werden.

73 Die Europäische Union muss für die Bürger nachvollziehbarer  
74 werden. Dies bedeutet wie auf nationaler, regionaler und  
75 kommunaler auch auf europäischer Ebene u.a. mehr Transpa-  
76 renz und weniger Bürokratie. Den Menschen müssen die poli-  
77 tischen Programme und die positive Entwicklung der EU auf  
78 politischer und wirtschaftlicher Ebene verständlicher kommuni-  
79 ziert werden. Viel dazu beitragen können die Kommunen,  
80 indem sie z.B. auf regionale und lokale von der EU geförderte  
81 Projekte aufmerksam und den Zusammenhang zwischen der  
82 europäischen und der kommunalen Ebene deutlicher machen.

83

84 **II. Die Kommunen brauchen eine starke sozialdemokratische**  
85 **Fraktion im Europäischen Parlament!**

86

87 Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist richtungsweisend, da der  
88 Einfluss der konservativ-liberalen Regierungen, die eine große  
89 Mehrheit im Rat der EU besitzen, auf den Gesetzgebungspro-  
90 zess enorm ist. Wenn sich daran nichts ändert, wird dies eine  
91 Fortsetzung der wirtschaftsliberal ausgeprägten Politik bedeu-  
92 ten.

93 Eine starke Sozialdemokratie auf kommunaler, nationaler und  
94 europäischer Ebene würde die soziale Dimension der EU stär-  
95 ken. Das Gewicht des Europäischen Parlamentes im europäi-  
96 schen Gesetzgebungsprozess wurde mit dem Vertrag von  
97 Lissabon weiter gestärkt. Laut Vertrag wird das Mitentschei-  
98 dungsverfahren zum Regelverfahren der Rechtsetzung der EU.

99

100 Damit ist das Europäische Parlament neben dem Rat der EU  
101 gleichberechtigt bei der Gesetzgebung und bedeutender bei  
102 der Zukunftsgestaltung der EU. Die Europawahl ist für die  
103 Kommunen immens wichtig, da die EU einen vielfältigen Ein-  
104 fluss auf das kommunale Handeln nimmt.

105

106 Eine starke Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Par-  
107 lament könnte gemeinsam mit den nationalen und regionalen  
108 Regierungen, an denen Sozialdemokraten beteiligt sind, dafür  
109 sorgen, dass die neue EU-Kommission politisch neu ausgerich-  
110 tet wird. Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse in  
111 den Mitgliedsstaaten ist aber nach wie vor eine zu oft wirt-  
112 schaftsliberal agierende EU-Kommission zu erwarten. Wir wer-  
113 den umso mehr darauf achten, dass die soziale Dimension in  
114 der Europäischen Politik stärker im Mittelpunkt steht, um so  
115 ein soziales Europa zu realisieren. Weiterhin könnte sie sicher  
116 stellen, dass die im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009

## Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

117 Fortschritte für die kommunale Ebene auch wirklich beachtet  
118 werden.

119

120 III. Forderungen der NRW SPD mit Blick auf die Europawahl  
121 2009

122

123 1. Kommunales Selbstverwaltungsrecht in Europa stärken –  
124 Umsetzung des Vertrages von Lissabon voran bringen

125

126 Die Staats- und Regierungschefs haben ebenso wie der EU--  
127 Verfassungskonvent der herausragenden Bedeutung der Kom-  
128 munen für Europa Rechnung getragen.

129 Der Vertrag von Lissabon sieht folgende Stärkung der Stellung  
130 der Kommunen in der EU vor:

- 131 • die ausdrückliche Achtung des Rechts der lokalen und re-  
132 gionalen Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen  
133 Identität der Mitgliedstaaten;
- 134 • die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und die Auswei-  
135 tung des Subsidiaritätsprin-zips auf die regionale und  
136 kommunale Ebene;
- 137 • die Einführung eines eigenen Klagerechts des Ausschusses  
138 der Regionen (AdR) vor dem Europäischen Gerichtshof bei  
139 Vorgängen, wo sie gemäß EU-Vertrag ge-hört werden  
140 müssen;
- 141 • den Ausbau der Konsultationsrechte der Kommunen in  
142 Europa;
- 143 • die Einführung eines Verfahrens zur Abschätzung der ad-  
144 ministrativen und finanziellen Auswirkungen von Geset-  
145 zesvorhaben auf die kommunale und regionale Ebene.

146

147 Im Sinne eines demokratischen und transparenten Europa for-  
148 dert die NRW SPD die Sozialdemokraten im Europäischen Par-  
149 lament und in der Bundesregierung auf, nach dem Inkrafttre-  
150 ten des Vertrages besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass  
151 diese Rechte vertragsgemäß in der Praxis beachtet und umge-  
152 setzt werden.

153

154 2. In der Vielfalt der Städte und Gemeinden liegt die große  
155 Stärke Europas: Das Subsidiaritätsprinzip strikt einhalten

156

157 Mit der Achtung der kommunalen Selbstverwaltung muss die  
158 strikte Einhaltung und An-wendung des Subsidiaritätsprinzips  
159 durch die EU und die Mitgliedstaaten auf allen Ebenen, also  
160 auch auf der lokale Ebene, einhergehen, denn das Prinzip der  
161 Subsidiarität – die Wahrnehmung von Aufgaben möglichst nah  
162 an den Bürgerinnen und Bürgern, auf der Ebene, die diese am  
163 besten lösen kann – ist ein Gebot einer transparenten, bürger-  
164 nahen und effizienten Demokratie.

165

166 Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat müssen generell  
167 die Interessen der Kommunen in den Entscheidungsprozessen  
168 in Angelegenheiten der EU noch mehr als bisher berücksichti-  
169 gen. Zudem muss es künftig eine verbesserte Gesetzesfolgen-  
170 abschätzung bei neuen EU-Vorhaben geben.

171

172 3. Finanzausstattung der Kommunen sichern - Direkte Durch-  
173 leitung der Mittel

174

175 Zu einer verbesserten Gesetzesfolgenabschätzung gehört  
176 auch, dass die finanziellen Auswirkungen europäischer Gesetz-  
177 gebung besser berücksichtigt werden. Die Handlungsautono-

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

178 mie der Kommunen wird oft nicht nur direkt durch die Recht-  
179 setzung der EU eingeschränkt, sondern insbesondere auch  
180 durch die finanziellen Folgelasten europäischer Regelungen.  
181 Die Haushalte der Kommunen werden dadurch in beträchtli-  
182 chem Maße belastet und die politischen Gestaltungsmöglich-  
183 keiten damit enger.

184  
185 Die Europäischen Organe sollten dies bereits bei den Gesetze-  
186 sinitiativen bzw. im Gesetzgebungsprozess stärker berücksich-  
187 tigen. Darüberhinaus muss die nationalstaatliche Ebene der  
188 Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, dass gemäß dem Konne-  
189 xitätsprinzip die loka-len Gebietskörperschaften im Rahmen  
190 ihrer staatlichen Verfassung eine entsprechende Finanzaus-  
191 stattung für die Erfüllung von Aufgaben erhalten, die auf euro-  
192 päische Rechts-vorschriften zurückgehen.

193  
194 Um Europa vor Ort stärker zu verankern, müssen alle Kommu-  
195 nen von europäischen Fördermitteln profitieren können. In  
196 NRW können aber viele gute kommunale Investitionsprojekte  
197 nicht realisiert werden, da die haushaltsrechtlichen Bestim-  
198 mungen des Landes den Kommunen die Beteiligung an der  
199 durch das Land bereitzustellenden Kofinanzierung vorschreibt.

200  
201 Gleichzeitig verbietet das Land diesen Kommunen wegen ihrer  
202 Haushaltslage diese Finanzierung. Dabei sind europäische För-  
203 dermittel gerade dafür gedacht, durch gezielte Investitionen  
204 die Lage der Kommunen zu verbessern. Wir wollen sicherstel-  
205 len, dass der Erhalt europäischer Fördermittel nicht an der  
206 Haushaltslage der Kommunen scheitert.

207  
208 **4. Beteiligung der Kommunen an Entscheidungsprozessen**  
209 **stärken –**  
210 **Kommunale Kompetenz für Europa nutzen**

211  
212 Durch ihren Sachverstand auf lokaler Ebene ist die kommunale  
213 Ebene ein unverzichtbarer Partner bei der Umsetzung bürger-  
214 naher Europapolitik.

215 Daher sollten die Kommunen früher in den Entscheidungspro-  
216 zess auf europäischer Ebene einbezogen werden. Bei wichtigen  
217 kommunalrelevanten Fragen sollten neben dem Ausschuss  
218 der Regionen auch die kommunalen Spitzenverbände auf der  
219 EU-Ebene angehört werden. Auch auf der nationalen Ebene  
220 sollten die Kommunen von Bund und Ländern stärker in die  
221 Entscheidungsprozesse europäischer Gesetzgebung eingebun-  
222 den werden.

223  
224 **5. Im Interesse der Menschen:**  
225 **Öffentliche Daseinsvorsorge sichern -**  
226 **öffentliche Dienstleistungen erhalten**

227  
228 Die Sicherung und Verbesserung von Dienstleistungen von all-  
229 gemeinem Interesse ist eine wesentliche Grundbedingung für  
230 die Verwirklichung eines sozialen Europa. Die Bandbreite dieser  
231 zumeist von Kommunen verantworteten Dienstleistungen, die  
232 das Gemeinwohl betreffen, reicht von der Versorgung mit  
233 Wasser und Energie sowie der Entsorgung von Abfall und Ab-  
234 wasser über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu  
235 den Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen,  
236 Kultur sowie der Betreuung von Menschen in schwierigen Le-  
237 benssituationen und vielfältigen sozialen Dienstleistungen.  
238 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa setzen

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

239 sich dafür ein, dass die Bestimmungen im EU-Vertrag durch  
240 entsprechende Gesetze so gestaltet werden, dass die Kommun-  
241 nen in der Lage sind, ihrer Aufgabe nachzukommen, gemein-  
242 wohlorientierte Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bür-  
243 ger bereitzustellen.

244  
245 Öffentliche Dienstleistungen sind auch für die ganze Volks-  
246 wirtschaft wichtig, das hat nicht zuletzt im letzten Jahr die Fi-  
247 nanzkrise gezeigt. Als stabilster Anker für die Bürgerinnen und  
248 Bürger und die Wirtschaft in Krisenzeiten haben sich wieder  
249 einmal unsere Sparkassen erwiesen. Wir bestehen darauf, dass  
250 die vertraglich garantierte Neutralität gegenüber der Eigen-  
251 tumsverfassung der Mitgliedsländer respektiert wird. Das be-  
252 deutet, dass die Entscheidung über Privatisierung ausschließ-  
253 lich in den Mitgliedsländern fällt. Die Kommission hat als  
254 Wettbewerbsbehörde die Verpflichtung als neutrale Instanz  
255 für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und sich nicht  
256 als Büttel marktradikaler Bestrebungen aus Politik und Wirt-  
257 schaft anzubieten. Wir werden in NRW weder eine Privatisie-  
258 rung der Sparkassen noch eine - nicht vorhandene - europa-  
259 rechtliche Begründung dafür akzeptieren.

260  
261 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind eine wesent-  
262 liche Entwicklungsgrundlage für den sozialen und territorialen  
263 Zusammenhalt der EU und die Schaffung von Arbeitsplätzen.  
264 Speziell in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die  
265 Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstat-  
266 tung mit Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern  
267 und Dienstleistungen sichergestellt werden.

268  
269 Die Kommunen stehen vor allem im Bereich der technischen  
270 und sozialen Infrastruktur vor neuen Anforderungen, die sie oft  
271 nur bewältigen können, wenn sie die Chancen und Vorteile in-  
272 terkommunaler Zusammenarbeit verstärkt nutzen. Auch die  
273 Einbindung privaten Kapitals und Know-hows in kommunale  
274 Unternehmen kann vor diesem Hintergrund sinnvoll sein.

275  
276 Die Liberalisierung einzelner Sektoren der Daseinsvorsorge  
277 muss immer eine Einzelfall-entscheidung bleiben, wie auch die  
278 Erfahrungen mit den bereits liberalisierten Sektoren, wie z.B.  
279 Strom, Gas oder Telekommunikation, zeigen. Die Gemein-  
280 wohlverpflichtungen in den einzelnen Sektoren sind zu unter-  
281 schiedlich, um ein Gemeinschaftskonzept als einheitliche Re-  
282 gelungsgrundlage zu entwickeln. So lehnt die NRW SPD bei-  
283 spielsweise im Bereich der Wasserversorgung und der Abwas-  
284 serentsorgung eine Liberalisierung auch wegen der großen  
285 Unterschiede in der Organisation und Finanzierung dieser Auf-  
286 gaben in den einzelnen Mitgliedsstaaten ab.

287  
288 Darüber hinaus erfordern die naturräumlichen Unter-schiede  
289 hinsichtlich des Managements der Ressource Wasser allein aus  
290 ökologischer Sicht unterschiedliche Organisationsmodelle zur  
291 Sicherung dieser zentralen Aufgabe der Daseinsvorsorge.  
292 Ebenso muss im Bereich der sozialen Dienstleistungen eine  
293 qualitativ gute Versorgung mit gemeinwohlorientierten  
294 Dienstleistungen vor allem für schwache und benachteiligte  
295 Menschen gewährleistet sein.

296 Die NRW SPD bekräftigt ihre Forderung nach Schaffung von  
297 mehr Rechtssicherheit für die Kommunen im Hinblick auf  
298 Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.  
299 Es bleibt dabei: Städte und Gemeinden müssen im Rahmen der

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

300 kommunalen Selbstverwaltung selbst darüber entscheiden, ob  
301 und wie sie eine öffentliche Dienstleistung entweder selbst er-  
302 bringen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen oder  
303 die Erbringung der Dienstleistung durch Dritte wahrnehmen  
304 lassen. Allerdings stehen sie wie im deut-schen Recht (z.B. die  
305 Gemeindeordnungen) nicht außerhalb der Rechtsvorschriften  
306 des EU-Vertrages.

307

308 Die Bedingungen für sog. Inhouse-Geschäfte sind durch die  
309 laufende Rechtssprechung des EuGH in einer Art und Weise  
310 eingengt worden, die kaum noch sinnvolle Öffentlich-Priva-  
311 te-Partnerschaften erlaubt. Sozialdemokratinnen und Sozial-  
312 demokraten in Europa setzen sich nach wie vor für eine nor-  
313 mative Regelung im europäischen Vergaberecht ein, wie es  
314 vom Europäischen Parlament bei der Novellierung des Verga-  
315 berechts im Jahr 2003 vorgeschlagen, am Widerstand des Mi-  
316 nisterrates aber gescheitert ist.

317 Zum Organisationsrecht der Kommunen gehört die Interkom-  
318 munale Zusammenarbeit. Diese ist vom europäischen Recht  
319 grundsätzlich abgedeckt. Wir bedauern, dass bei der (verspäte-  
320 ten) Umsetzung der novellierten Vergaberichtlinien im Februar  
321 2009 am Wider-stand des Koalitionspartners CDU/CSU ge-  
322 scheitert ist, dies im nationalen Vergaberecht eindeutig zu re-  
323 geln.

324

325 Entsprechend den Regelungen in der ÖPNV-Verordnung sollen  
326 Möglichkeiten einer Di-rektbeauftragung gegeben werden. Im  
327 sog. Monti-Kroes-Paket für die Finanzierung von Dienstleistun-  
328 gen der Daseinsvorsorge sind die Finanzierungsregelungen für  
329 solche Fälle geregelt; nicht aber die Bedingungen für das Vor-  
330 liegen einer solchen Direktbeauftragung.

331

332 Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Vergaberecht  
333 interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht und die Beauf-  
334 tragung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen möglich ist.

335

336 Hinsichtlich der Anwendung des EU-Beihilferechtes müssen  
337 grundsätzlich bestehende Unklarheiten in der Abgrenzung  
338 zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Be-  
339 reichen sowie bei der Frage der Binnenmarktrelevanz von Dienst-  
340 leistungen beseitigt wer-den. Aus Sicht der NRW SPD kann im  
341 Beihilfebereich mehr Rechtsicherheit durch abstrakte Abgren-  
342 zungskriterien erzielt werden. Weiteres sollte für die einzelnen  
343 Bereiche in Sektorrichtlinien geregelt werden, wie sie bei eini-  
344 gen netzgebundenen Dienstleistungen bereits bestehen.

345

346 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich in der  
347 nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes  
348 weiterhin dafür einsetzen, dass ein gemäß Artikel 14 und Pro-  
349 tokoll zu den Leistungen des Daseinsvorsorge im Vertrag von  
350 Lissabon geeigneter Rechtsrahmen geschaffen wird. Die SPE-  
351 Fraktion wird aufgefordert, ihre Zustimmung zu einer neuen  
352 EU-Kommission nur zu geben, wenn neben anderem auch hier  
353 die Kom-mission sich verpflichtet, geeignete Rechtsvorschläge  
354 zu unterbreiten.

355

356 6. Im Interesse des Zusammenwachsens: Grenzüberschrei-  
357 tende und transnationale kommunale Kooperationen und  
358 Städtepartnerschaften fördern

359

360

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

361 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen  
362 stärkt den sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU.  
363 Nach den positiven Erfahrungen des INTERREG-Programms in-  
364 tensiviert die EU die in der Förderperiode 2007 bis 2013 trans-  
365 nationale Kooperation von Kommunen und Regionen im Rah-  
366 men eines eigenen Ziels "Kooperation". Zudem hat die EU mit  
367 den Europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit  
368 (EVTZ) ein neues Instrument der Zusammenarbeit auf gemein-  
369 schaftlicher Ebene geschaf-fen, das die grenzüberschreitende  
370 Zusammenarbeit vereinfachen soll. Auch sollte die Ko-ope-  
371 ration von deutschen Kommunen mit Kommunen außerhalb der  
372 EU im Rahmen der „Neuen Nachbarschaftspolitik“ weiterhin  
373 gefördert werden.

374 Die Europäische Union sollte die Förderung der grenzüber-  
375 schreitenden und transnationalen Zusammenarbeit von Kom-  
376 munen sowie der kommunalen Partnerschaften weiter aus-  
377 bauen.

378

379 7. Europäische Solidarität heißt: Sozialen und territorialen Zu-  
380 sammenhalt voranbringen – Stadtentwicklungspolitik und  
381 Entwicklung ländlicher Räume fördern

382

383 Europäische Solidarität bedeutet Unterstützung der struktur-  
384 schwachen und benachteiligten Regionen und Städten mit  
385 Mitteln aus den europäischen Strukturfonds. Dadurch soll ihre  
386 Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.  
387 Zu den Maßnahmen die mit Mitteln aus dem Europäischen  
388 Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen  
389 Sozialfonds (ESF) gefördert werden, zählen beispielsweise der  
390 Ausbau von Infrastruktur, die Unterstützung des Strukturwan-  
391 dels in alten Industrieregionen, die Schaffung neuer Ar-  
392 beitsplätze und die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und  
393 Arbeitnehmern, sowie auch von Arbeitslosen, die Sanierung  
394 von Stadtvierteln oder Projekte im länd-lichen Raum. Auch  
395 viele Projekte in NRW konnten mit Mitteln aus den Struktur-  
396 fonds der EU erst realisiert werden.

397

398 Ziel der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie ist es, auch  
399 künftig gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen  
400 Europas anzustreben. Aufgrund der immer zunehmenden so-  
401 zialen Unterschiede zwischen den Regionen und innerhalb der  
402 Regionen und Kommunen müssen die Kommunen, in denen  
403 soziale und wirtschaftliche Probleme verstärkt auftreten, be-  
404 sonders gefördert werden. Dabei sollten die, in der „Territoria-  
405 len Agenda der EU“ bekräftigten drei Prioritäten der europäi-  
406 schen Raumentwicklungspolitik stärker berücksichtigt werden:  
407 ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land, die Siche-  
408 rung eines gleichwertigen Zugangs zu Infrastruktur und Wis-  
409 sen sowie eine nachhaltige Entwicklung mit dem Schutz der  
410 Natur und des Kulturerbes. Im Hinblick auf den ländlichen  
411 Raum muss die Förderung der regionalen Entwicklung struk-  
412 turschwacher ländlicher Gebiete über die sog. 2. Säule gegen-  
413 über der reinen Landwirtschaftsförderung stärkeres Gewicht  
414 als bisher erhalten.

415

416 IV. Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

417

418 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben die Bedeutung  
419 Europas erkannt. Viele sind allerdings mit den komplexen  
420 Strukturen und Anforderungen, die sich aus EU-Regelungen er-  
421 geben, insbesondere bei der Abrufung von EU-Fördermitteln

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

422 überfordert. Hier bedarf es einer stärkeren und breiteren Un-  
423 terstützung des Landes.

424 Wir fordern daher die Entwicklung eines Masterplans zur Stär-  
425 kung der Europafähigkeit der Kommunen. Der Masterplan  
426 muss unter anderem enthalten:

427 • Beratungsangebote des Landes für Kommunen müssen  
428 erweitert und ausgedehnt werden, um ihnen einen leicht-  
429 eren Zugang zu Fördermitteln, Institutionen und Pro-  
430 grammen zu ermöglichen.

431  
432 • Vorlage eines Förderkonzepts, das Kommunen die Kofi-  
433 nanzierung und somit Teilnah-me an Förderprogrammen  
434 der EU ermöglicht. Hierbei sind insbesondere die Kommu-  
435 nen einzubeziehen, die einem Haushaltsicherungskonzept  
436 unterliegen oder keinen genehmigten Haushalt haben.

437  
438 • Die europapolitische Kompetenz der Kommunen muss ge-  
439 stärkt werden. Dazu gehören unter anderem Weiterbil-  
440 dungsmaßnahmen und Austauschprogramme für das Per-  
441 sonal in der Verwaltung, die durch das Land gezielt geför-  
442 dert werden müssen.

443  
444 • Die Verwaltungsausbildung auf allen Ebenen muss ihren  
445 Fokus stärker auf Europa ausrichten. Auszubildende sollen  
446 gezielt in Europaseminaren und durch Austauschpro-  
447 gramme mit europäischen Partnern geschult werden.

448  
449 • Die Strategie zur Vernetzung der Kommunen mit anderen  
450 europäischen Partnern muss erarbeitet werden.

451